



FRISCHEN WIND IN DIE GEMEINDEN BRINGEN!

INHALT

ABSTIMMUNGEN	2
KANTON ZÜRICH	6
AUS DER REGION	10
GRÜNE STADT ZÜRICH	12
GRÜNE WINTERTHUR	14
JUNGE GRÜNE	15
AGENDA	16

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

Der Wahlerfolg 2019 übertraf selbst unsere kühnsten Erwartungen. Endlich sind die grünen Themen im Zentrum der Gesellschaft angekommen und ihre Wichtigkeit erkannt. Bei verschiedenen Wahlen in der ganzen Schweiz konnten die GRÜNEN an den Erfolg anknüpfen und ihre Vertretung in Parlamenten und Exekutiven ausbauen. So reüssierten wir Anfang März in den Kantonen Genf, Solothurn, Wallis, Waadt und Fribourg.

Im Kanton Zürich stehen im Frühling 2022 die nächsten Wahlen an. In den Gemeinden werden die Exekutiven, Parlamente, Sozialbehörden, Schulpflegen und weitere Gremien neu gewählt. Wir GRÜNE möchten unsere Vertretung ausbauen und eine angemessene Repräsentation erreichen. Denn die Gemeindevorstände sind häufig noch von bürgerlichen, älteren Männern dominiert. Als drittstärkste Kraft nach den letzten Wahlen ist es an der Zeit, dass wir GRÜNE auch auf Gemeindeebene besser vertreten sind und so Einfluss nehmen

können. Das ist elementar, denn in den Gemeinden werden wichtige Weichen gestellt – von der Zonenplanung über die Energieplanung bis zum Umgang mit Sozialhilfebeziehenden oder der Gestaltung des Budgets. Ganz nach dem Motto «Global denken, lokal handeln» kommt dem politischen Engagement auf Gemeindeebene eine wichtige Bedeutung zu und frischer Grüner Wind tut not im Kanton Zürich.

Lasst uns bei den kommenden Wahlen für diesen frischen Wind sorgen. In diesem «grünen blatt» findet ihr Vorbilder und Grüne Erfolgsgeschichten, die euch hoffentlich inspirieren. Falls du auch Lust verspürst, die kommunale Politik in deiner Gemeinde stärker mitzugestalten und für eine Kommission oder ein Amt zu kandidieren, nutze die Chance, nimm an unseren Veranstaltungen zum Thema teil und kontaktiere deine Sektion. Wir freuen uns auf ein grosses, buntes Feld von Kandidierenden!

■ Selma L'Orange Seigo & Simon Meyer,
Co-Präsidium Grüne Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Wir GRÜNE sind im Aufwind! Mehr und mehr Mitglieder wollen sich aktiv in ihrer Gemeinde engagieren, überall im Kanton entstehen neue Ortsparteien (S. 7).

In knapp 10 Monaten finden im Kanton Zürich die Gemeindewahlen statt. Wir wollen an die Erfolge der kantonalen und nationalen Wahlen anknüpfen und erreichen, dass mehr GRÜNE in den Gemeinden mitgestalten können. Warum ein Gemeindeamt eine spannende und bereichernde Aufgabe ist, erfahrt ihr auf den Seiten 8 und 9. Dass unsere Anliegen in den Gemeinden auf breite Unterstützung zählen können, zeigen wichtige Abstimmungserfolge für mehr Kulturland- und Artenschutz (S. 10).

Am 13. Juni kommen zentrale Vorlagen für den Schutz von Klima und Biodiversität zur Abstimmung. Lasst uns hier gemeinsam alles geben, um ein dreifaches JA zum CO₂-Gesetz sowie zur Trinkwasser- und Pestizidinitiative zu erreichen (S. 2-5).

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 3000 Ex. Redaktion & Layout: Steven Goldbach. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Selma L'Orange Seigo, Simon Meyer, Jeannette Büsser, Jasmin Pokerschnig, Marionna Schlatter, Dominik Waser, Bastien Girod, Edith Häusler, Joséphine Decking, Balthasar Glättli, Thomas Forrer, Martin Neukom, Martina Alig, Philipp Maurer, Gian Andra Semadeni, Damaris Hohler, Karin Fehr, Jörg Stüdeli, Wilma Willi, Thomas Schweizer, Monika Bättschmann, Patricio Frei, Daniel Costantino, Christian Griesser, Markus Kunz, Steven Goldbach; Bildnachweise: S. 1: craeckerffm/photocase; S. 2: Julia Straub/photocase; S. 4: Leonhard S/pixabay; S. 5: chris-up/photocase; S. 6: suju-foto/pixabay; S. 10: Nils Lindner/unsplash; S. 11: kallejipp/photocase & Stadler Dorfblatt; S. 12: Stadt Zürich; S. 13: umverkehr; S. 14: Reto Diener. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

ETWAS MEHR GELD FÜR FAMILIEN

Die Initiative «Mehr Geld für Familien» der EDU fordert vom wirtschaftsstärksten Kanton, nicht auf den Mindestbeiträgen zu verharren. Zukünftig sollen die Familienzulagen 150% der bundesrechtlichen Minimalvorgaben betragen. Aktuell betragen diese 200 Franken pro Kind, respektive 250 Franken für Jugendliche in Ausbildung. Unser Kanton leistet sich eine Mini-Abweichung; 250 Franken erhält man schon ab 12 Jahren. So grosszügig ist dies nicht. Der Kanton Zug zahlt Zulagen von 300 bzw. 350 Franken, die beiden Appenzell von 230 bzw. 280 Franken.

Die Kinderarmut nimmt zu. Jedes 7. Kind ist davon betroffen. 40% der Personen, welche Sozialhilfe erhalten, sind unter 25 Jahre alt. Die Schweiz investiert nur 1,5% ihres BIP in Sozialleistungen für Kinder und Familien und liegt damit deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 2,4%.

Viel sinnvoller wäre natürlich die Einführung von bedarfsgerechten Familienergänzungsleistungen. Entsprechende nationale und kantonale Vorstösse sind hängig. Derweil es jedoch keine Mehrheiten dafür gibt, lassen wir jene Familien und ihre Kinder nicht im Stich, für welche Familienzulagen im Monatsbudget ein spürbares Plus sind und sagen JA zur Initiative.

■ Jeannette Büsser, Kantonsrätin

RAUS AUS DER PRÄMIENFALLE

Die Krankenkassenprämien stehen auf unserem Sorgenbarometer ganz weit oben. In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Prämien verdoppelt, die Prämienverbilligungen (IPV) stiegen jedoch nur um 40%. Von der ehemals vorgesehenen Belastung von 8% des Haushaltsbudgets können viele nur träumen. Konfrontiert mit Prämienlöchern im Haushaltsbudget von 14 bis 20% ist der Spardruck hoch und wenn es gar nicht mehr geht – Prämien sind der zweithäufigste Grund für eine Verschuldung – schnappt die Falle zu.

Die Initiative «Raus aus der Prämienfalle» der Partei «Die Mitte» verlangt die volle Ausschöpfung des IPV-Prämientopfes. Der Kanton soll nicht auf Kosten der Prämienzahler*innen sparen; zurzeit ist vorgeschrieben, dass sein Anteil 80% des Bundesbeitrages ausmacht. Effektiv bezahlt er jedoch heute schon einen Anteil von 92%. Die Not ist gross, darum soll nicht zugewartet und die Bevölkerung mit zusätzlichen 16 Millionen Franken entlastet werden.

Raus aus der Prämienfalle führt uns diese Initiative leider nicht. Doch sie gibt uns eine (sehr) kurze Verschnaufpause, um die politischen Kräfte zu sammeln für wirksamere Lösungen.

■ Jeannette Büsser, Kantonsrätin



KANTONALES GELDSPIELGESETZ

NEIN ZU GELDSPIELAUTOMATEN IN GASTSTÄTTEN

Seit gut 25 Jahren sind Geldspielautomaten aus Restaurants verbannt. 1995 hat die Zürcher Stimmbevölkerung nach drei Volksabstimmungen dieses Verbot bekräftigt. Nun soll es wieder anders werden: Der Kantonsrat hat im Rahmen der Anpassung an das Bundesgesetz über Geldspiele die Voraussetzungen geschaffen, die Geldspielautomaten wieder einzuführen. Dagegen haben die GRÜNEN gemeinsam mit der EVP das Behördenreferendum ergriffen.

Die Prävention in Restaurants und Bars wird nicht gewährleistet sein, weil ein Zielkonflikt besteht: Zwischen den Einnahmen, die man als Betreiber*in erzielen kann und dem Schutz der Spielenden. Die monatlichen Einnahmen können pro Automaten 5'000-10'000 CHF betragen.

Kein zusätzliches Bedürfnis schaffen

Wir wollen kein neues Bedürfnis schaffen, wo keine Nachfrage besteht. In Gaststätten werden Leute zum Spielen animiert, obwohl sie das Lokal ohne Spielabsicht betreten. Die sogenannten «Geschicklichkeitsspiele» schaffen ein zusätzliches Angebot, damit neben Casinos und Onlinespielen ein noch breiteres Publikum zum Spielen gewonnen werden kann.

Spielsuchtprävention wird torpediert

Fachstellen für Spielsucht warnen davor, die Geldspielautomaten auch in Restaurants aufzustellen. Denn je mehr Automaten es gibt, desto mehr wird gespielt. Spielende sagen, es bestehe kein Unterschied zwischen



Geschicklichkeitsspielautomaten und Geldspielautomaten. Dies gilt es zu beachten, denn sie sind die eigentlichen Expert*innen.

Deshalb stimmen wir Nein zum vorliegenden Gesetz.

> <https://geldspielautomaten-nein.ch>

■ Jasmin Pokerschnig, Kantonsrätin

NEIN ZUM

ANTI-TERROR-GESETZ

Mit den «Polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus» (PMT) will die Schweiz im Namen der Terrorbekämpfung ein Gesetz einführen, das die Menschenrechte verletzt und den Rechtsstaat aushebelt.

Zwangsmassnahmen ohne vorangegangene Straftat

Mit dem neuen Gesetz können aufgrund von vagen Vermutungen krasse Einschränkungen der Grundrechte verfügt werden. Kontaktverbote, Eingrenzungen, Freiheitsentzug, Ausreiseverbote: Alles möglich ohne vorangegangene Straftaten, ohne konkreten Verdacht, ohne richterliche Anordnung, nur aufgrund der Einschätzung der Polizei, «gefährlich» zu sein.

Kritik aus Strassburg und von der UNO

Die stärkste in diesem Gesetz vorgesehene Zwangsmassnahme ist der Hausarrest. Das Gesetz erlaubt der Polizei, Personen bereits beim Aufruf zu Gewalt oder der Zugehörigkeit zu einer Organisation, die Gewalt bezweckt, mit einem Hausarrest zu belegen. Notabene ohne eine Verurteilung. Diese Art des Freiheitsentzugs ist eines Rechtsstaates nicht würdig und hat der Schweiz öffentliche Kritik der europäischen Menschenrechtsbeauftragten und der UNO-Sonderberichterstatter eingetragen.

Kinderrechte werden massiv verletzt

Aber nicht nur das: Die Zwangsmassnahmen sollen bereits bei Kindern ab

12 Jahren angewendet werden können. Das steht im Widerspruch zu allen Grundsätzen von Kindes- und Jugendschutz und verletzt die Kinderrechte mehrfach.

Ein NEIN für den Schutz unserer Grundrechte

Das wichtige Referendum wurde von den Jungen Grünen zusammen mit anderen Jungparteien ergriffen. Wir GRÜNE haben uns im National- und Ständerat an vorderster Front gegen das Gesetz eingesetzt; die Grundrechte aber, die haben in Bundesbern einen schweren Stand. Darum braucht es jetzt ein NEIN aus dem Volk!

> <https://willkuerparagraph.ch>

■ Marionna Schlatter, Nationalrätin

2X JA FÜR EINE LANDWIRTSCHAFT MIT ZUKUNFT

Die Klimakrise und die Biodiversitätskrise sind die grössten Herausforderungen unserer Zeit. Sie hängen eng zusammen und bedrohen unsere Lebensgrundlagen. Darum sagen die GRÜNEN 3xJA. Nämlich JA zum CO₂-Gesetz und zweimal JA zur Pestizidinitiative und zur Trinkwasserinitiative.



JA zur Pestizidinitiative

Jedes Jahr vergiften 2'000 Tonnen Pestizide unser Grund- und Trinkwasser. Pestizide schaden der Gesundheit, den Insekten und zerstören die Bodenfruchtbarkeit nachhaltig. Die Initiative «für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» fordert den Ausstieg aus synthetischen Pestiziden innert zehn Jahren. Auch die Einfuhr von Lebens-

mitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, wird untersagt. Dies schafft faire Spielregeln für die Schweizer Landwirtschaft. Die Pestizidbelastung wird nicht einfach ins Ausland verschoben, sondern auch dort wird die ökologische Produktion gestärkt.

JA zur Trinkwasserinitiative

Die Trinkwasserinitiative verlangt zusätzlich, dass nur Landwirtschaftsbetriebe Subventionen erhalten, welche bei der Tierhaltung ohne Antibiotikaeinsatz auf Vorrat auskommen und auf Futtermittelimporte verzichten. So wird das Ziel erreicht: geringere Nutztierbestände, keine Gülleüberschüsse und damit weniger Nitrat im Trinkwasser.

Damit ergänzen sich die beiden Volksinitiativen ideal.

■ Balthasar Glättli, Nationalrat,
Präsident Grüne Schweiz

WER ES GLAUBT WIRD SELIG!

Der Abstimmungskampf für die Trinkwasserinitiative und die Initiative für das Verbot von synthetischen Pestiziden ist lanciert. Die Gegner sind vor allem finanziell schwergewichtig, ihre Argumentation hingegen lässt zu wünschen übrig.

Da wird zum Beispiel behauptet, dass auch biologisch wirtschaftende Betriebe betroffen wären, welche z.B. das als Fungizid genutzte Kupferhydroxid, die insektizid wirkenden Pyrethrine oder das als Schneckengift verwendete Eisen-III-Phosphat verwenden. Aber biologisch wirtschaftende Betriebe von Direktzahlungen auszuschliessen, ist nicht im Sinn der Initiant*innen. Bei der Umsetzung des Verfassungstextes durch das Parlament besteht genug Spielraum für sinnvolle Lösungen.

Auch wird behauptet, dass Bundesrat und Parlament bereits aktiv gegen die zu hohen Einsätze von Pestiziden vorgehen. So heisst es etwa, dass die Vorschriften für die Bewilligung und die Anwendung von Pestiziden deutlich verschärft werden und die Qualität des Grundwassers noch besser geschützt wird. Zudem müssten die Überschüsse von Stickstoff und Phosphor in der Landwirtschaft angemessen reduziert werden, damit die Umwelt weniger belastet wird. Tatsache ist doch, dass die Nährstoffüberschüsse schon seit Jahrzehnten reduziert werden «müssen» - aber nicht reduziert werden. Solche Aussagen blieben in den letzten Jahrzehnten nur leere Versprechen.

Angesichts der heutigen Situation bei den Grund- und Trinkwasserfassungen im gesamten Mittelland ist diese Aussage reichlich beschönigend. Für mich ist nur schon deswegen ein doppeltes JA eine klare Sache.

■ Edith Häusler, Kantonsrätin

PAROLENSPIEGEL

13. JUNI 2021

Kantonale Vorlagen

NEIN* Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele

JA* VI «Raus aus der Prämienfalle»

JA* VI «Mehr Geld für Familien»

Eidgenössische Vorlagen

JA Trinkwasserinitiative

JA Pestizidinitiative

JA Covid-19-Gesetz

JA CO₂-Gesetz

NEIN Terrorgesetz

* Parole im Vorstand gefasst

> gruene-zh.ch/abstimmungen

GRÜN BEWEGT

IM ZÜRCHER KANTONS RAT

Seit zwei Jahren haben Grüne Themen im Kantonsrat Konjunktur. Das hat mit den neuen Mehrheiten zu tun. Aber auch mit den Vorstosspaketen zu Klima- und Umweltschutz, welche die Fraktion noch vor den Wahlen 2019 aufgestellt hatte: dank ihnen musste sich der Rat in der Klimasesion endlich mit dem Netto-Null-Ziel, der Dekarbonisierung in allen Bereichen und mit einer klimagerechten Raumplanung beschäftigen. Mit dem Resultat, dass alle unsere Forderungen eine Mehrheit fanden.

Ähnliches beim Umweltschutz: hier haben wir unsere Themenführerschaft bei den Lärm- und Lichtemissionen ausgebaut, wir kämpfen für Ammoniak-Reduktionen und natürlich für Artenvielfalt und den Ausbau der Schutzgebiete.

Fortschritte bei Umwelt- und Klimaschutz

Themen zu lancieren und Vorstösse durchzubringen ist das eine. In der zweiten Hälfte der Legislatur geht es ebenso darum, Nägel mit Köpfen zu machen: Das ist uns beim Jagdgesetz gelungen, wo der Natur- und Wildtierschutz jetzt einen viel höheren Stellenwert hat. Beim Gesetz über die Nutzung des Untergrunds haben wir ein Fracking-Verbot und griffige Umweltauflagen durchgebracht. Anders beim Energiegesetz: da wollten wir eine breite Abstützung für die dringend nötigen Klimaschutzmassnahmen im Gebäudebereich und haben verhandelt. Zusammen mit Martin Neukom, unserem Baudirektor, schaffen wir deutliche Fortschritte bei unseren Themen.

Erfolge auch aus der Minderheit

Deshalb braucht es uns GRÜNE, und dies nicht weniger im Bereich der Grundrechte, beim Sozialen, der Gesundheit, der Bildung, beim Thema Diversity und bei den Finanzen, wo wir zusammen mit SP und AL nach wie vor in der Minderheit sind. Doch auch hier: Dank unseres Drucks sind die Corona-Härtefallprogramme beschleunigt und ausgebaut worden. Und erst kürzlich ist unser Vorstoss zur besseren Einstufung der Pflegegehälter glatt durch den Rat gekommen: vor drei Jahren kaum denkbar.

Heute fordern wir und setzen um.

■ Thomas Forrer, Fraktionspräsident

MARTIN NEUKOM

BILANZ ZUR LEGISLATURHALBZEIT

Vieles ist in Bewegung und es bewegt sich auch in die richtige Richtung. So ist mittlerweile der Gegenvorschlag zur Natur-Initiative in Kraft getreten, der uns ermöglicht, erheblich mehr Mittel in Naturschutzprojekte zu investieren. Damit können wir Lebensräume schaffen für bedrohte Arten und so dem steten Artenschwund entgegenwirken. Das Energiegesetz ist unter Dach und Fach. Es ist ein grosser Schritt für den Klimaschutz im Kanton Zürich. Vermutlich gibt es dazu ein Referendum. Ich bin aber zuversichtlich, dass dieses gewonnen werden kann. Die Zeit ist reif. Bereits seit bald einem Jahr subventioniert der Kanton den Ersatz von Öl- und Gasheizungen mit umweltfreundlichen Wärmepumpen. Die ersten Zahlen lassen darauf schliessen,



dass dadurch deutlich mehr Wärmepumpen installiert werden. Weiter ist es gelungen, doch noch eine Lösung zu finden für die Zeughäuser auf dem Kasernenareal in Zürich. Das wird ein

tolles, lebendiges Areal mitten in der Stadt.

Es freut mich immer wieder, wenn es gelingt, dort Lösungen zu finden, wo es zu Beginn nicht machbar schien. So gelang es uns, zusammen mit der Stadt Zürich eine Lösung zu finden, damit der alte Güterbahnhof samt Art Dock noch fünf Jahre länger stehen bleiben kann.

Auch für die zweite Hälfte der Legislatur habe ich noch einiges vor. Nur ein paar Stichworte: langfristige Klimastrategie, Klimaziele verankern, Kreislaufinitiative, Neuauflage des Wassergesetzes, neue Standards für Ortsdurchfahrten usw. Die Arbeit wird uns nicht ausgehen.

■ Martin Neukom, Regierungsrat

GRÜN WÄCHST**NEUE ORTSPARTEIEN**

Die GRÜNEN sind im Aufwind. Der Mitgliederzuwachs hält an und mehr und mehr GRÜNE wollen sich auch vor Ort in ihren Gemeinden aktiv einbringen. Im Laufe der letzten Monate wurden im Kanton Zürich zahlreiche neue Ortsparteien gegründet, wie jüngst in Birmensdorf und Hombrechtikon. Ein Gespräch mit den beiden frisch gewählten Ortsparteipräsident*innen Deborah Langanger und Manuel Bayer.



Manuel und Deborah, Gratulation zur Gründung der GRÜNEN-Ortsparteien in Hombrechtikon und Birmensdorf. Wer seid ihr und wie seid ihr zu den GRÜNEN gekommen?

M.: Ich arbeite gerne im Garten, bin mit dem Gleitschirm in der Luft oder mit Freunden am Lagerfeuer. Beruflich komme ich von der Gärtnerlehre über das Umweltingenieurswesen zu meiner momentanen Anstellung als Bereichsleiterin in einem Zivi-Einsatzbetrieb. Zu den GRÜNEN habe ich über den Verein Konkret gefunden, wo mich vor allem das Wirken von Thomas Honegger motiviert hat, den Weg in die institutionalisierte Politik zu wagen.

D.: Ich bin 31 Jahre alt und arbeite als Projektleiterin Digital Services im Gesundheitswesen. Ich bin ein Naturmensch und bei Wind und Wetter draussen. Soziale Gleichstellung, Klimaschutz und die Welt der Gesundheit begleiten mich seit Jahren. Meine eigenen Aktivitäten und der private Austausch zu diesen Themen reichten mir irgendwann nicht mehr. Jedoch kam mir die Politik immer übermächtig vor, so dass ich mir das selber nie so ganz zutraute. Im beruflichen Umfeld würde ich es wohl «nudging» nennen, was

mich dazu gebracht hat, den nächsten Schritt zu gehen.

Was war eure Motivation, bei der Gründung einer GRÜNEN-Ortspartei aktiv mitzuwirken und das Präsidium der Ortspartei zu übernehmen?

M.: Ein Schlüsselmoment für mich war die erste Gemeindeversammlung, die ich in Hombrechtikon erlebte: Das Thema war, ob die Gemeinde die Kompetenz zur Bewirtschaftung von Parkplätzen bekommen sollte. Unter den zahlreichen Wortmeldungen fand sich keine einzige, welche auf die bestehende Subvention des Autoverkehrs oder auf eine Lenkungswirkung hinwies. Das hat mir gezeigt, dass es die GRÜNEN hier «im Dorf» dringend braucht.

D.: Mir ist es wichtig, sich nicht nur für nationale Themen einzusetzen, sondern direkt vor der Haustüre mitzuwirken. Politik auf Gemeindeebene kann bereits Grosses bewirken. Da die GRÜNEN früher bereits aktiv in Birmensdorf vertreten waren, ist es eigentlich eine Reaktivierung. Das Präsidium war für mich nicht ausschlaggebend, ich wäre ebenso engagiert in einer anderen Funktion. Die Ortspartei ist für die Gründungsmitglieder ein

Gemeinschaftswerk.

Warum braucht es die GRÜNEN in Hombrechtikon und Birmensdorf? Was möchtet ihr vor Ort erreichen?

M.: Unsere aktuellen Ziele sind die Teambildung und das Finden neuer Aktiv-Mitglieder: Wir wollen durch das Pflanzen von Wildhecken Neugierige ansprechen und ein Bewusstsein für Grüne Themen schaffen. In Zukunft werden die Förderung der Biodiversität sowie die Senkung von Emissionen und Ressourcenverbrauch vor Ort wichtige Themen sein.

D.: Es ist uns wichtig, grüne Anliegen in der Gemeinde zu vertreten und uns aktiv zu zeigen. Ökologische sowie soziale Themen stehen bei uns ganz oben. Wir wollen hinterfragen und neue Ideen einbringen. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2022 möchten wir natürlich erste Erfolge feiern – wie die genau aussehen, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Ich freue mich sehr auf die ersten Aktivitäten mit der Partei.

■ Das Gespräch führte Steven Goldbach, Geschäftsführer Grüne Kanton Zürich

NOCH KEINE ORTSPARTEI IN DEINER GEMEINDE?

Dann hilf doch mit, eine neue GRÜNE-Ortspartei bei dir vor Ort zu gründen!

Melde dich bei deiner Bezirkspartei oder direkt im Sekretariat:
> sekretariat@gruene-zh.ch

GLOBAL DENKEN

LOKAL HANDELN

Auf Gemeindeebene gibt es zahlreiche Möglichkeiten sich einzubringen: Nicht nur im Gemeindeparlament oder im Gemeinderat (Exekutive), sondern auch in der Sozialbehörde, Schul- oder Kirchenpflege, in der Rechnungsprüfungskommission oder in der Bau-, Werk- oder Verkehrskommission. Vier GRÜNE Gemeindepolitiker*innen stellen sich und ihr Amt vor.

Schulpflege

Seit 2018 bin ich Schulpflegerin an der Primarschule Greifensee. Anfangs brauchte ich einen kleinen «Schupf» um zu kandidieren – unser Ortspräsident hatte mich angefragt. Da ich mir aber gut vorstellen konnte, mich politisch mehr zu engagieren und Bildung für mich ein wichtiges und nahes Thema ist, sagte ich gerne zu. Im Wahlkampf wurde ich von der Partei gut unterstützt, was sehr wertvoll für mich war.

In der Schulpflege bin ich für die Ressorts «Ausserfamiliäre Betreuung» und «Kommunikation» zuständig. Während der Schulzeit haben wir alle zwei Wochen eine Sitzung, dazu kommen jährlich rund 10 Schulbesuche und projektbezogene Aufgaben. Das Amt ist mit 25 Stellenprozenten dotiert. Neben dem

Amt als Schulpflegerin arbeite ich zu 70% in einem Umweltberatungsbüro und habe zwei schulpflichtige Kinder. Natürlich ist die Organisation des Alltags manchmal eine Herausforderung. Da die Sitzungen abends sind, die Arbeitszeit frei eingeteilt werden kann und während den Schulferien nicht viel läuft, lässt sich das Amt aber gut mit Familienpflichten und Berufsleben verbinden. Gerade mit schulpflichtigen Kindern finde ich es spannend, einen vertieften Einblick in die Schulwelt zu bekommen. Ich setze mich gerne dafür ein, dass alle Kinder den bestmöglichen Start in ihre Bildungslaufbahn erleben dürfen.

■ **Martina Alig, Primarschulpflegerin, Greifensee**



Gemeinderat (Exekutive)

Das Ressort Tiefbau und Landschaft umfasst in Wallisellen einiges mehr, als Strassen aufreissen und landwirtschaftliche Statistik führen. Öffentlicher Raum, Stadtklima, Energie und Abfall gehören genauso dazu, wie die Wasserversorgung oder die Zwischen-

nutzung einer Brache. Für mich ist es ein grosser Vorteil, dass ich in vielen Themen berufliche Erfahrung mitbringe. Toll ist, dass die Wege in der Verwaltung kurz sind und direkter Einfluss möglich ist.

In nahezu allen Bereichen meines Ressorts ist Bewegung. Das eröffnet grosse Chancen, die ich nutzen will. Ich bin involviert in die Planung der ersten kantonalen Veloschnellroute. Wir planen die langfristige Entwicklung angrenzend an das Areal des Glattzentrums, bauen einen Aussichtsturm im Wald und wollen leistungsfähigere Grünräume für Erholung und mehr Biodiversität schaffen.

Zu meiner grossen Freude hat die Gemeindeversammlung letztes Jahr zwei Initiativen zur Erfüllung der Pariser Klimaziele und gegen die zunehmende Lichtverschmutzung klar gutgeheissen. Mein grosses Ziel: Ein Stück Autobahnüberdeckung.

■ **Philipp Maurer, Gemeinderat/Ressort Tiefbau und Landschaft, Wallisellen**



GEMEINDEWAHLEN

2022

In den Gemeinden braucht es mehr GRÜNE – hier braucht es dich!

In knapp 10 Monaten starten die Gemeindevahlen 2022 in den 162 Gemeinden im Kanton Zürich. Die Wahlvorschläge werden diesen Herbst aufgestellt.

Genau jetzt ist der richtige Zeitpunkt, vor Ort loszulegen.

Melde dich bei deiner Bezirks- oder Ortspartei oder bei uns im Sekretariat unter >sekretariat@gruene-zh.ch.

Stadtparlament (Legislative)

Seit knapp drei Jahren bin ich Mitglied des Bülacher Stadtparlaments und darf somit gemeinsam mit 26 weiteren Parlamentarier*innen die knapp 22'000 Einwohner*innen Bülachs vertreten. Im Parlament bin ich Mitglied der Fachkommission Bildung und Soziales, in der gerade einige wichtige Geschäfte wie der Bau eines neuen Schulhauses oder die längerfristige Schulraumplanung anstehen.

Das Amt ist eine wertvolle Möglichkeit, bei wichtigen Entscheidungen mitzuwirken und zu verstehen, wie eine Gemeinde funktioniert; was passiert überhaupt in meiner Gemeinde, wer ist für was zuständig, wie verlaufen die Entscheidungsprozesse und für was wird Geld gesprochen? Auch eigene Ideen können mittels der parlamentarischen Instrumente eingebracht werden; so konnte ich beispielsweise ein Postulat zu einem Bülacher Jugendparlament überweisen oder eine Interpellation zur kommunalen Klimapolitik. Je nachdem, wie viele Geschäfte gerade anstehen, habe ich ca. drei bis vier Sitzungen pro Monat. Als Studentin kann ich das gut mit meinem Alltag vereinbaren und kann das Amt, das mit einer Pauschale und einem Sitzungsentgelt entlohnt wird, auch als eine Art Nebenjob sehen.

■ Damaris Hohler, Mitglied Stadtparlament Bülach



Rechnungsprüfungskommission

Der RPK (Rechnungsprüfungskommission) obliegt als Kernaufgabe die finanzpolitische Haushaltprüfung. Sie prüft alle Anträge an die Legislativorgane auf Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Das Hauptaugenmerk gilt der Prüfung des Budgets und der Rechnung.

Viel bewirken kann die RPK nicht, da wir keine Geschäftsprüfungskommission sind. Am ehesten können wir die Festlegung des Steuerfusses mit unserer Empfehlung beeinflussen. Die Abschiede der RPK gelten als Empfehlung an die GV (Gemeindeversammlung) und unterstehen dem Kollegialitätsprinzip und dementsprechend müssen wir auch persönlich abstimmen.

Für mich als Bereicherung werte ich den vertieften Einblick in die Behörden-tätigkeit. Oft dient die RPK als Sprungbrett in den Gemeinderat. Der zeitliche Aufwand ist für dieses Amt nicht ganz ohne, da neben den Sitzungen und dem Sichten der Anträge zu Hause auch die Teilnahmen an den Gemeindeversammlungen zwingend sind. Das Gemeindeamt des Kantons bietet zu verschiedenen Themen Kurse an, die einem den Einstieg in die Behördentätigkeit erleichtern.

■ Gian Andrea Semadeni, Mitglied RPK Rüslikon



6 GUTE GRÜNDE FÜR EINE KANDIDATUR

1. Weil unsere Demokratie vom Mitmachen lebt.

Durch unser aktives Engagement halten wir unsere Demokratie lebendig. Auch deine Meinung zählt!

2. Weil dir deine Gemeinde nicht egal ist.

Ob funktionierender ÖV, durchgehende Velowege, Schutz von Naherholungsgebieten oder der Erhalt von Quartierlädeli. Du hast es in der Hand, deine Gemeinde aktiv mitzugestalten!

3. Weil du dabei etwas lernen und Kontakte knüpfen kannst.

In der Gemeindepolitik beschäftigst du dich mit vielen Detailfragen, hörst Experten an, musst Argumente abwägen und auch mal eine Rede halten. Du bewegst dich in einem spannenden und aufregenden Umfeld, in dem du dich auch persönlich weiterentwickeln und interessante Leute kennenlernen kannst.

4. Weil wir das Klima auch in den Gemeinden retten.

Auch in den Gemeinden können wir einen wichtigen Beitrag leisten, einen nachhaltigeren Umgang mit unseren Ressourcen zu erreichen, Bildungsgerechtigkeit zu leben und für ein solidarisches Miteinander einzustehen.

5. Weil wir gemeinsam viel erreichen können.

Du bist nicht allein, sondern Teil der Grünen Bewegung!

6. Weil es Freude bereitet.

Eigene Ideen in die Tat umzusetzen und Verantwortung zu übernehmen, ist ein schönes Gefühl. Jetzt ausprobieren und für die Gemeindevahlen 2022 kandidieren!

GRÜNE ERFOLGE FÜR DEN ARTENSCHUTZ AM GREIFENSEE

Die Grünen Uster verzeichnen mit ihrer 2018 lancierten Aktion zum Schutz der Artenvielfalt rund um den Greifensee einen Riesenerfolg.

Am 7. März 2021 hat die Schwerzenbacher Stimmbevölkerung die Einzelinitiative «Zum Schutz der Artenvielfalt – Rettet die Bienen» von Rahel Pfeuti und Thomas Wälchli an der Urne klar angenommen, trotz ablehnender Empfehlung des Gemeinderats.

Erfolgreiche Einzelinitiativen in den Gemeinden

Mit diesem Ergebnis in Schwerzenbach nahm die Aktion der Grünen Bezirk und Stadt Uster zum Schutz der Artenvielfalt rund um den Greifensee ein erfolgreiches Ende: In Greifensee, Fällanden, Maur und Mönchaltorf haben die Gemeindeversammlungen den entsprechenden Einzelinitiativen bereits in den vergangenen Monaten zugestimmt. In Egg wurde ein Gegen-

vorschlag des Gemeinderats angenommen. Insgesamt ist so ein Betrag von 1,22 Millionen Franken zur Förderung der Artenvielfalt zusammengekommen. Aufgrund eines Vorstosses der GRÜNEN erarbeitet Uster ein umfassendes Konzept zur Förderung der Biodiversität.

Die Aktion erforderte vorab die Analyse der Ausgangslagen in den Gemeinden, Abklärungen beim Gemeindeamt, die Auseinandersetzung mit den mehrheitlich ablehnenden Haltungen der Gemeindeexekutiven, die Vernetzung mit Parteien und Naturschutzvereinen vor Ort, die Koordination unter den Initiant*innen und Medienarbeit.

■ Karin Fehr, Kantonsrätin



KULTURLANDSCHUTZ DOPPELERFOLG

Am 7. März 2021 gelangten in Uster zwei Initiativen der GRÜNEN und zwei Gegenvorschläge des Stadtrats zur Abstimmung. Beide Initiativen fanden eine Mehrheit: 58.2% der Stimmberechtigten sagten Ja zur Kulturlandinitiative resp. 54.6% zur Initiative gegen die Neue Greifenseestrasse.

Sinnloser Strassenbau verhindert

Nach dem Willen der Ustermer Stimmbevölkerung werden in Nänikon weder eine neue Strasse noch eine ganze Siedlung gebaut. Das ganze Gebiet soll integral als Kulturland erhalten bleiben: Sowohl die beiden Initiativen der GRÜNEN zum Schutz des Kulturlands und gegen den sinnlosen Bau der Neuen Greifenseestrasse als auch die beiden Gegenvorschläge des Stadtrates erhielten eine Mehrheit. Bei der Stichfrage obsiegte beim Kulturland die Initiative der GRÜNEN und bei der Greifenseestrasse der Gegenvorschlag des Stadtrats.

Erfolgreich dank vielfältiger Unterstützung

Uns Grünen Uster ist ein überzeugender Abstimmungskampf gelungen. Dabei haben wir grosse Unterstützung aus Naturschutzkreisen und der Bevölkerung erfahren, vor allem aus den Stadtteilen, die vom Mehrverkehr der Neuen Greifenseestrasse am stärksten betroffen wären. Zudem haben sich 20 Bäuerinnen und Bauern zu einem Komitee zusammengeschlossen, um die beiden Initiativen zu unterstützen.

Für uns GRÜNE ist das Abstimmungsergebnis ein klares Zeichen, dass das bestehende Kulturland in Uster bei der zukünftigen Stadtentwicklung stärker geschützt werden muss.

■ Patricio Frei, Gemeinderat Uster

KÜSNACHT VIEL POTENZIAL

Solarstrom-Offensive

Der unverzügliche Ausbau von Solarstrom ist für die Energiewende und den Klimaschutz unverzichtbar. Dennoch liegt auf den Dächern von Küsnacht nach wie vor sehr viel solares Potenzial brach. Obwohl Küsnacht als «Energistadt Gold» zertifiziert ist, liegt die Gemeinde gemäss der aktuellsten Erhebung des Kantons Zürich bei der installierten Photovoltaik (PV) je Einwohnerin und Einwohner in der zweitschlechtesten von fünf Kategorien. Mehr als 50 Gemeinden im Kanton Zürich weisen einen deutlich besseren Wert auf. Deshalb hat im Februar eine breit abgestützte Gruppe von 16 Personen, darunter auch der Unterzeichner, dem Gemeinderat eine Anregung für eine Solarstrom-Offensive unterbreitet mit dem Ziel: «Küsnacht strebt zukünftig eine Führungsrolle auch im Solarbereich an.»

Aus dem Erdgas aussteigen

Ebenso steht der Ausstieg aus dem Erdgas vor der Tür. Für die Erreichung des CO₂-Netto-Null-Ziels führt kein Weg daran vorbei. Die beiden «Energistädte Gold» Winterthur und Rüti haben den Ausstieg aus dem Erdgas bereits in Angriff genommen. Die GRÜNEN haben dieses Ziel der Energie- und Naturschutzkommission Küsnacht unterbreitet, wie erwartet wurde dies abgelehnt. Die GRÜNEN werden sich weiterhin für den lokalen Erdgas-Ausstieg einsetzen. Kurzfristig geht es jetzt darum, die beträchtlichen finanziellen Hürden beim Wechsel auf eine erneuerbare Heizung zu eliminieren.

Biodiversität fördern

Weiter haben wir angeregt, die Themen «Förderung der Biodiversität im Siedlungsraum» sowie «Baumschutz und Förderung von Baumpflanzungen im Siedlungsraum» prioritär zu verfolgen.

■ Jörg Stüdeli, Grüne Küsnacht

TIEFENLAGER IM KANTON ZÜRICH?

Die Suche nach einem geeigneten Standort für ein Tiefenlager läuft momentan auf Hochtouren. Dieses Thema wird uns künftig beschäftigen, ob wir GRÜNE es wollen oder nicht.

Sondierbohrungen durchgeführt

In der Gemeinde Stadel finden momentan an zwei Orten – Hasliboden und Steinacher – Sondierbohrungen statt. Auch das Zürcher Weinland kommt als Standort in Frage und war letztes Jahr dran. Da es gut möglich ist, dass das Tiefenlager, inklusive Oberflächeninfrastruktur (Oberflächenanlage, Verpackungsanlage etc.) im Kanton Zürich entstehen wird, sollten wir uns möglichst gut informieren. Nur wer Wissen hat, kann auch mitdenken und die richtigen Fragen stellen.

Führung an der Bohrstelle Hasliboden

Die Grünen Bezirk Dielsdorf bieten diese Gelegenheit mit einer Führung am 29. Mai 2021. Diese findet bei der Bohrstelle Hasliboden statt.

Für mehr Informationen und Anmeldung: > wilma@swissonline.ch oder 078 875 70 22..

■ Wilma Willi, Co-Präsidentin Grüne Bezirk Dielsdorf



Blick von der Aussichtsplattform Hasliboden

PARKPLATZFONDS SINNVOLL NUTZEN

Im Kanton Zürich lagern insgesamt 28 Millionen Franken im kommunalen Parkplatzzonds. Eine sinnvolle Verwendung ist aufgrund der engen Zweckbindung nicht möglich. Dies soll sich nun ändern.



Zu enge Zweckbindung

Das kantonale Planungs- und Baugesetz (PBG) verlangt, dass eine genügende Anzahl Auto-Abstellplätze geschaffen wird. Nicht in jedem Fall ist dies möglich. In dicht bebauten Gebieten (Zentren, Altstädten) stehen andere Ansprüche der Erstellungspflicht entgegen. In diesen Fällen muss der Bauherr eine Ersatzabgabe entrichten. Damit wird ein Fonds gespeist – der Parkplatzerersatzabgabefonds. Dieser darf nur für die Erstellung von Parkplätzen in der Nähe der Bauten eingesetzt werden. Genau hier liegt das Problem. In Gebieten mit einer hohen Dichte sind Parkplätze sowohl auf dem Grundstück als auch in der Umgebung nicht möglich und auch nicht erwünscht.

Sinnvoll für den Velo- und Fussverkehr einsetzen

Aus diesen Gründen wollen und können die Gemeinden das Geld, das in diesem Fonds liegt, nicht ausgeben. Die enge Zweckbindung des Fonds ist aus heutiger Sicht überholt. Neu soll das Geld auch für den Fuss- und Veloverkehr eingesetzt werden können. Ein entsprechender Vorstoss der GRÜNEN wurde kürzlich erfolgreich überwiesen.

■ Thomas Schweizer, Kantonsrat

GRÜNE ALTERSPOLITIK IST POLITIK FÜR ALLE

Am 10. März 2021 verabschiedete der Gemeinderat der Stadt Zürich die neue Altersstrategie 2035. Für diese Altersstrategie haben die GRÜNEN einige begleitende Vorstösse eingereicht. Diese reichten von Forderungen im Pflegebereich über dezentrale und niederschwellige Beratungsstellen bis zur Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen.

Mit der Altersstrategie 2035 soll den veränderten und diverser werdenden Ansprüchen der älteren Bevölkerung Rechnung getragen werden. Aktuell ist der Massnahmenplan aber doch noch vage und die Frage stellt sich, wie das alles finanziert werden kann. Damit dies möglich wird, muss die Stadt beim

ist es älteren Menschen möglich, trotz allfälligen gesundheitlichen Einschränkungen so zu leben, wie sie es möchten.

Die soziale Isolation von älteren Menschen, die in ihrer Wohnung leben wollen, muss vermieden werden. Darum ist die Umsetzung von barrierefreien



Kanton und Bund auf angepasste Gesetzesgrundlagen pochen, denn Alterspolitik kann und darf nicht allein auf den Schultern der Gemeinden lasten.

Das Versprechen, dass ältere Menschen möglichst in der vertrauten Umgebung verbleiben können sollen, tönt wohl für alle sehr gut. Es ist aber unabdingbar, dass genügend unterstützende Angebote zur Verfügung stehen. Nur so wird die Möglichkeit gewährleistet, zu wählen, wie man den letzten Lebensabschnitt verbringen möchte. Nur dann

und niederschweligen Angeboten mit sozialer Integration und ohne technologische Hürden unabdingbar.

Wir werden weiterhin auf die Alterspolitik achten. Denn wir verstehen die Alterspolitik nicht nur als Teil der Gesundheitspolitik, sondern als gesamtgesellschaftliches Anliegen: eine altersgerechte Stadt ist auch eine menschenfreundliche Stadt und damit eine Stadt für Alle.

■ Monika Bättschmann, Gemeinderätin

HABEMUS CONSTITUTIONEM

Nach 50 Jahren gibt sich die Stadt Zürich, sofern die Stimmbevölkerung zustimmt, eine neue Verfassung («Gemeindeordnung»). Es handelt sich dabei um eine Anpassung an das neue Gemeindegesetz, also um eine kleine Revision.

Die Zweckartikel, bekanntermassen fast das ganze Parteiprogramm der GRÜNEN, bleiben unverändert.

Jugendliche künftig mit Vorstossrecht

Trotzdem gibt es einige nette neue Dinge anzukündigen, allen voran den Jugendvorstoss. Er geht auf eine Motion von Katharina Prelicz und mir zurück und gibt, nach Annahme der Verfassung, 60 Jugendlichen oder Kindern das Recht, dem Gemeinderat einen Vorstoss zu unterbreiten, den dieser behandeln muss wie einen eigenen. Das I-Tüpflli dabei: auch ausländische Kinder dürfen mitmachen!

Virtuelles Parlament

Daneben: Eine Bestimmung, welche die Grundlage für ein virtuelles Parlament liefert; geringe Anpassungen der Finanzkompetenzen, wobei dem Stadtrat die alleinige Ausgabenkompetenz bei der Informatik weggenommen wurde; Stadträt*innen dürfen weiterhin nicht in den Nationalrat und neu auch nicht mehr in den Kantonsrat.

Hinter den Kulissen gab es schliesslich einige teilweise harte Auseinandersetzungen mit dem Stadtrat, wobei sich der Gemeinderat aber als sehr konservativ erwies.

So ergibt sich als Fazit: Kein grosser und vor allem kein innovativer Wurf, aber eine solide Grundlage für die Stadt!

■ Markus Kunz, Gemeinderat, Fraktionspräsident

MIT DEN STADTKLIMA-INITIATIVEN DIE LEBENSQUALITÄT ERHÖHEN

Während zehn Jahren sollen jährlich je ein halbes Prozent der Strassenflächen in Grünräume bzw. Flächen für den umweltfreundlichen Verkehr umgewandelt werden. Hierfür wird der Verein «umverkehR» zusammen mit vielen Parteien und Partnerorganisationen, darunter auch den Grünen Zürich, die «Stadtklima-Initiativen» lancieren.



Baslerstrasse: Vorher

Baslerstrasse: Nachher

Aus Strassen sollen Grünflächen werden

Bei den «Stadtklima-Initiativen» handelt es sich um zwei Initiativen. Die «Initiative für ein gesundes Stadtklima», kurz «Gute-Luft-Initiative», will Strassenflächen zu Grünflächen mit Bäumen umwandeln. Damit soll einerseits die Bevölkerung vor der Hitzebelastung geschützt werden, die durch die Klimaerwärmung eingetreten ist und in den kommenden Jahren stetig zunehmen wird. So zeigen Modellrechnungen von MeteoSchweiz, dass Hitzewellen, wie sie heute nur ungefähr alle zehn Jahre auftreten, schon bald jedes Jahr vorkommen können. Mit der Beschattung und der Kühlung durch die Aspiration der Bäume lässt sich die Hitze in der Umgebung von asphaltierten Flächen um über acht Grad Celsius reduzieren. Zudem bieten die bepflanzten Grünflächen eine erhöhte Aufenthaltsqualität. Sie schaffen neue Lebensräume für Pflanzen und Tiere und erhöhen somit die Biodiversität in der Stadt.

Der Verkehrswende den Weg ebnen

Mit der «Initiative für eine zukunftsfähige Mobilität», kurz «Zukunfts-

Initiative», sollen Strassenräume zu Fuss- und Veloflächen sowie Flächen für den öffentlichen Verkehr umgewandelt werden. Dies hilft der Stadt bei ihren Bestrebungen, dem Klimaschutz Priorität einzuräumen, wozu sie sich durch die Ausrufung des Klimanotstandes im Mai 2019 bekannt hat. Denn der Verkehr ist mit einem guten Drittel ein Hauptverursacher der klimaschädlichen Treibhausgase. Die Bestrebungen, den Ausstoss im Sektor des motorisierten Individualverkehrs zu senken, hinken den gesetzten Zielen massiv hinterher. Mit der Umwandlung der Strassenflächen wird der Weg für einen klimafreundlichen Verkehr frei. Weniger Lärm und Abgase sind nur zwei positive Effekte. Weniger Flächen für den motorisierten Individualverkehr helfen auch, dass sich Kinder und Erwachsene freier und sicherer in der Stadt bewegen können.

Die Grünen Stadt Zürich unterstützen die Initiativen. Weitere Informationen und Mitmachmöglichkeiten sind auf der Webseite > www.stadtklima-zh.ch abrufbar.

■ Daniel Costantino, Kampagnenleiter umverkehR

GABI KISKER FRAU GRÜN GEHT

Du warst 15 Jahre Gemeinderätin. Was bleibt dir in Erinnerung?

Die Belastung durch manche Geschäfte und die Reaktion von meinen «Liebsten» auf Stichworte wie Servicewohnen, Dunkelhölzli, Gestaltungsplan Hochschulgebiet, Irchel, Überland- und Thurgauerstrasse, Grünflächen, Baumfällaktionen, Lichtemissionen etc.

Dein grösster Erfolg?

Es gibt nicht DEN Erfolg, sondern immer wieder erreichte kleinere und grössere Etappenzielerfolge auf dem Weg zu einer ökologischen Stadtentwicklung: Grünstadt-Initiative, Biodiversitätsstrategie, Umsetzung Hitzeminderung, Implementierung «blau-grüner Infrastruktur», fossilfreie ETH.

Was wirst du vermissen?

Das wöchentliche Treffen mit meinen Fraktionsgspänli, die sachlichen Herausforderungen, das taktische Aushandeln der Umsetzung und die intensiven Begegnungen mit meinen «Mitmenschen», die tollen Kommissionsreisen. Aber eigentlich überwiegt die Vorfreude auf das Danach: Freie Mittwochabende, keine Monstersitzungen und etwas weniger Zoom.

■ Das Interview führte Markus Kunz, Fraktionspräsident



NETTO-NULL TONNEN CO₂

BIS 2050 IN WINTERTHUR

2010 reichten die GRÜNEN ihre Volksinitiative «Winergie 2050» ein. Das Parlament verabschiedete einen Gegenvorschlag dazu. Beide Vorlagen wurden angenommen. In der Stichfrage obsiegte der Gegenvorschlag. Am 24. Juni 2019 verlangten Gemeinderät*innen der GRÜNEN, SP, GLP und EVP mit einer Motion die Abänderung dieses Gegenvorschlages mit dem konkreten Ziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen auf Netto-Null Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr und Kopf der Bevölkerung bis zum Jahr 2050. Mitmotionär von unserer Seite war Reto Diener.



Nun liegt der stadträtliche Bericht zu dieser Motion bzw. der Klimaplan Winterthur vor. Dieser umfasst einen Grundlagenbericht, einen Massnahmenplan und einen Umsetzungsplan.

Klimaplan gibt Stossrichtung für die nächsten Jahre vor

Im Grundlagenbericht werden nicht nur die klassischen Themen wie Energieversorgung, Gebäude und Mobilität, sondern auch lokale Wirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Konsum, Ernährung, Suffizienz, Sharing, Reparieren und Freizeit abgehandelt. Er stellt eine umfassende und gut nachvollziehbare

Auslegeordnung in Bezug auf unterschiedliche Handlungsbereiche dar.

Im Massnahmenplan und im Umsetzungsplan werden die Stossrichtungen für die Jahre 2021-2028 hinsichtlich des Ziels Netto-Null 2050 konkretisiert. Insgesamt sind 54 Massnahmen in den Bereichen Energieversorgung, Gebäude, Mobilität und Konsum vorgesehen. Überraschendes ist darin nicht enthalten, denn es sind im Wesentlichen die von uns GRÜNEN seit Jahren geforderten Massnahmen. Am Wichtigsten ist, dass mit der Umsetzung der Massnahmen jetzt umgehend begonnen wird.

Eine Koordinationsstelle reicht nicht aus

Der stadträtliche Bericht enthält aber auch Defizite. So wird der Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz als Koordinationsstelle bezeichnet. Wir benötigen jedoch mehr als eine Koordinationsstelle. Die Grünen Winterthur fordern, dass stadintern eine schlagkräftige und mit genügend Kompetenzen ausgestattete Organisationsstruktur aufgebaut wird, welche für die nächsten Jahrzehnte diese offensichtlich neuen, zusätzlichen Aufgaben der öffentlichen Hand nachhaltig umsetzen und begleiten kann. Über die geeignete Form werden wir uns noch Gedanken machen. Der Kanton Basel hat dafür eine Spezialkommission Klimaschutz installiert.

Zeit des Abwartens ist vorbei

Es gibt keinen Planeten B und somit auch keinen Plan B. Der Stadtrat rechnet in seinem Bericht vor, dass die Umsetzung von Netto-Null bis 2050 in den Jahren 2021-2028 jährlich 6.6 Millionen Franken kosten wird. Allerdings sind diese Kosten signifikant tiefer als die Kosten eines ungebremsten Klimawandels. Die CO₂-Reduktion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich alle beteiligen müssen. Die Zeit des Trödelns und Hinausschiebens ist definitiv abgelaufen.

Der Klimaplan ist abrufbar unter:

> <https://stadt.winterthur.ch/themen/leben-in-winterthur/energie-umwelt-natur/klimaschutz>

■ Christian Griesser, Gemeinderat und Fraktionspräsident GRÜNE/AL

SAMMELN FÜR GEFLÜCHTETE



Die AG Migration hat selbst schon Spenden vorbeigebracht, nun warten die Jungen Grünen darauf, weitere Spenden bei dir zu Hause abholen zu können.

Wie den meisten bekannt sein dürfte, ist die Lage in den Flüchtlingslagern in Bosnien miserabel. Aus diesem Grund gibt es derzeit mehrere Spendenaufrufe vom Spendendepot Zürich, um die

Menschen vor Ort besser auszurüsten.

Die Arbeitsgruppe Migration hat bereits fleissig gesammelt und Gaben vorbeigebracht. Um eine nachhaltige

Verbesserung zu erreichen, genügt dies leider nicht.

Es werden weiterhin Spenden gesucht! Der nächste Abgabetermin und weitere Informationen werden laufend auf der Facebook-Seite des Spendendepots kommuniziert. Abgabeort ist an der Flüelastrasse 32. Wer zu Hause Sachen hat, die gebraucht werden können, kann diese entweder selbstständig beim Spendendepot vorbeibringen oder sich an die Arbeitsgruppe Migration wenden, die derzeit einen Abholservice anbietet.

Joséphine gibt dazu weitere Informationen und koordiniert die Abholung: 079 104 16 09. Jede Hilfe ist wertvoll!

■ **Joséphine Decking**, Co-Präsidentin
Junge Grüne Zürich

JUNGE GRÜNE VERANSTALTEN INFOABEND ÜBER FRAUENHÄUSER

Gemäss der UNO gehört die Gewalt gegen Frauen zu den häufigsten Menschenrechtsverletzungen und Todesursachen. 35 Prozent der Frauen, das heisst jede dritte Frau wird Opfer von körperlicher Gewalt. Diese Zahlen sind erschreckend. Wie sieht es hier im Kanton Zürich aus? Und wie wird Frauen geholfen, die Opfer von Gewalt werden?

Häusliche Gewalt nimmt zu

Diese Fragen beschäftigten die Arbeitsgruppe Gleichstellung/Feminismus/LGBTIQ+ der Jungen Grünen. Aus diesem Grund luden sie die Geschäftsführerin der Stiftung Frauenhaus Zürich Susan A. Peter zu einem Online-Meeting ein. Sie teilte uns weitere traurige Zahlen und Fakten mit. Die häusliche Gewalt in der Schweiz nimmt zu. Jede zweite Woche stirbt eine Frau

durch ihren Partner/Ex-Mann. Die Kantonspolizei Zürich rückt täglich fünfmal aufgrund von häuslicher Gewalt aus. Leider gibt es nicht genügend spezifische Prävention und nachhaltige Unterstützung für Opfer.

Der Föderalismus kompliziert die ganze Prozedur. Es existiert keine gesamtschweizerische Strategie gegen häusliche Gewalt. In unserer Gesellschaft sind starre Rollenbilder und eine fehlende Gleichstellung von Mann und Frau problematisch. Unser Wertesystem muss sich endlich ändern! Zusätzlich fehlt eine genügende Unterstützung der Opfer auf gesetzlicher Grundlage. Oft greifen die Schutzmassnahmen der Gesetze nicht oder die Gesetze verschlimmern sogar die Situation. Migrantinnen können beispielsweise ihre Aufenthaltsbewil-

ligung verlieren, wenn sie zu viel Sozialhilfe beziehen.

Hoffnungsschimmer Istanbul-Konvention

Ein Hoffnungsschimmer ist die Istanbul-Konvention «Zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt». Wir dürfen nicht wegschauen und müssen über die Gewalt gegenüber Frauen reden, damit das Thema endlich enttabuisiert wird. Der Informationsanlass mit Frau Peter war sehr bewegend und informativ. Nach dem Abend steht definitiv fest, dass die Arbeitsgruppe Gleichstellung/Feminismus/LGBTIQ+ noch viel zu tun hat!

■ **Joséphine Decking**, Co-Präsidentin
Junge Grüne Zürich

GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

11. Mai 2021, 19:30 Uhr
Generalversammlung
 Online-Veranstaltung

GRÜNE STADT ZÜRICH

3. Juli 2021, 9:30 Uhr
Kampagnentag
 Ort wird noch bekannt gegeben

6. Juli 2021, 19:30 Uhr
Mitgliederversammlung
 Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNE WINTERTHUR

12. Mai 2021, 19:30 Uhr
Mitgliederversammlung
 Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNE BEZIRK DIELSDORF

29. Mai 2021
Führung Bohrstelle Hasliboden
 Anmeldung: > wilma@swissonline.ch
 oder 078 875 70 22

GRÜNE WALD

19. Mai 2021, 19:30 Uhr
GrüneWalder Parteihöck
 Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNE DIETIKON

3. Juli 2021, 15:00 -17:00 Uhr
Velofahrt entlang der Limmattalbahn
 Mitfahrgelegenheit vorhanden; Treffpunkt: Bahnhof Glanzenberg, im Anschluss Apéro

GRÜNE USTER

18. Mai 2021, 20:00 Uhr
Mitgliederversammlung
 Ort: Obere Mühle; mit Beiträgen von Meret Schneider und Bastien Girod zum CO₂-Gesetz und dem Klimaplan der GRÜNEN

GRÜNE DÜBENDORF

10. Juli 2021, 8:00-15:00 Uhr
Velobörse
 Stadthausplatz

GRÜNE RÜTI

4. Juni 2021, 19:30 Uhr
Gründungsversammlung
 Ort: Amtshausaal, mit Referat von Nationalrätin Marionna Schlatter zum Thema «Grüne Landwirtschaftspolitik – Utopie oder Vernunft?», Anmeldung: > www.gruene-zh.ch/gruene-rueti

GRÜNE BÜLACH

9. April 2021, 20:00 Uhr
Mitgliederversammlung
 Online-Veranstaltung

10. April 2021, 09:00 Uhr
Standaktion Bodeninitiative
 Ort: Marktgasse 28, beim Rathaus

17. April 2021, 09:00 -12:30 Uhr
Velobörse
 Ort: Allmendstrasse 8, Parkplatz der Stadthalle

8. Mai 2021, 09:00 Uhr
Standaktion CO₂-Gesetz
 Ort: Marktgasse 28, beim Rathaus

20. Mai 2021, 20:00 Uhr
Generalversammlung
 Ort wird noch bekannt gegeben

18. Juni 2021, 20:00 Uhr
Generalversammlung
 Ort wird noch bekannt gegeben

JUNGE GRÜNE

1. Mai 2021
Aktion zum 1. Mai
 Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNKOHL IMPFDRÄNGLER

Grünkohl steht in der Reihe mit 2 m Abstand gegen vorne und hinten und hat gar nicht den Eindruck, es werde gedrängelt. Kein Wunder: Man hat in den letzten Wochen gefühlte hunderttausend Mal im TV gesehen, wie eine mindestens (!) 20 Zentimeter lange Nadel bis zum Anschlag in einen faltigen Oberarm einfährt. Dass dabei nicht auch noch grad die Lunge angepiekst wird, ist Grünkohl immer noch schleierhaft.

Er war ja eh unsicher, ob auch Leute ohne Informatik-Studium die Registrierung geschafft hätten. Digitaler Graben auch beim Impfen, denkt er, aber dann wird er ins Kabäuschen geschoben, die Nadel wird ausgepackt und aufgezogen... – der Rest ist schwärzeste Dunkelheit. Grünkohl hat vergessen, seine Nadelphobie bei den Risiken anzugeben. Die Ohnmacht ist lange und gnädig, und Grünkohl hätte sich gewünscht, dass sie bis über den zweiten Impftermin oder bis zur Entwicklung einer Schluckimpfung dauert. Doch so ist das Leben nicht.

■ G. Kohl

8. Mai 2021
Teilnahme am Aktivismus-Parcours von tsüri.ch
 Ort wird noch bekannt gegeben

28. Mai 2021
Mitgliederversammlung
 Ort wird noch bekannt gegeben

23. Juni 2021
Vorstandssitzung
 Ort wird noch bekannt gegeben

ALLE VERANSTALTUNGEN

> gruene-zh.ch/veranstaltungen